

Zu diesem Heft

Eine Annäherung zu der von Luhmann als antagonistisch empfundenen Kritischen Theorie scheint sich in der zweiten Generation der Schule der Systemtheorie anzukündigen. Darauf deuten mehrere Veröffentlichungen hin. Während Luhmann von seinem verwaltungstechnischen Hochsitz aus die Lehren der Frankfurter Schule als »naive, unterkomplexe Wunschliste für eine bessere Gesellschaft« abzuwerten suchte, haben jetzt Anhänger der Systemtheorie das Politische im Kontingenzen wiederentdeckt. Unser Autor, Nicklas Baschek, konzediert, dass Kontingenz als Denkfigur einen Raum zu eröffnen in der Lage ist, in dem Politisierung betrieben werden kann. Aber, so schreibt Baschek, man dürfe nicht auf dem Hochsitz verweilen, die Politisierung müsse dann auch in der einen oder anderen Richtung geleistet werden, und er klagt: »Bei allen Bekenntnissen – diese jüngeren Versuche, aus dem Abstrakten, aus der Metaphysik des immer auch anders Denkbaren Funken zu schlagen, bleiben mutlos, sie verweigern sich dem Experiment und dem Risiko«.

Hauke Brunkhorst scheut das Risiko nicht, wenn er die herrschende Technokratie der Europäischen Union geradewegs angreift, weil sie Europa »gewalt- und geräuschlos« auf den amerikanischen Weg zu ziehen versucht, als ob es gar keinen europäischen mehr gäbe.

Arnold Toynbee beschrieb einst, wie die soziale Frage von verschiedenen Ländern angegangen wurde: Der nordamerikanische Weg wurde durch das Ideal der Schaffung eines irdischen Paradieses in einer neuen Welt inspiriert; und dieses irdische Paradies sollte auf einem System privaten Unternehmertums beruhen. Der russische Weg zur Lösung des Problems des Klassenkampfs war ebenso wie der amerikanische durch das Ideal der Schaffung eines irdischen Paradieses eingegeben und hatte Gestalt angenommen in einer Politik der Abschaffung der Klassen durch Eliminierung der Klassenscheidungen. Der Unterschied ist bekannt: Während die Amerikaner keine Stimme für abhängig Beschäftigte in ihrem Paradies vorsahen, vertrieben die Russen das Bürgertum des Landes. Der westeuropäische Weg zur Lösung der Probleme des Klassenkampfs unterschied sich vom amerikanischen und russischen dadurch, dass er weniger doktrinär war. Es war der Versuch, einen Mittelweg zu finden durch das Experiment einer Kombination privaten Unternehmertums mit staatlicher Reglementierung im Interesse sozialer Gerechtigkeit.¹

Die europäische Lösung der sozialen Frage scheint in Brüssel nur noch wenige und in Luxemburg am Europäischen Gerichtshof keine Befürworter mehr zu haben, verfolgt man die entsprechenden Urteile: Indem das Gericht dem Unternehmertum höhere Rechte einräumt als den Arbeitnehmern, stelle »es das europäische sozialstaatliche Grundrechtsverständnis auf den Kopf«. Statt die Freiheit der Märkte durch Grundrechte einzuschränken, solle fortan die Freiheit der Märkte die Grenzen

1 Nach Arnold Toynbee 1870. *Der Gang der Weltgeschichte. Band 2: Kulturen im Übergang*. München: dtv, S. 427-430; zitiert in Hartmut Kaelble 2001. *Europäer über Europa*. Frankfurt a. M.: Campus, S. 196-197.

des Grundrechtsschutzes bestimmen. Haben sich in den Entscheidungsgremien der EU vielleicht doch Paradiessucher verirrt, die die Abschaffung der sozialen Frage durch Platzverweigerung für Arbeitnehmerinteressen erreichen wollen? Brunkhorst sieht die Gefahren, die Karl Polanyi einst angesichts des europäischen Faschismus beschrieben hat: dass jeder Liberalisierung eine Gegenbewegung folgt. Und er zeigt die zentralen Wendepunkte auf, die aus dieser Falle führen können.

Jürgen Habermas sieht die EU am Scheideweg angekommen zwischen einer »intelligenten Erweiterung des Zukunftshorizonts« und einem »erschrockenen Einschrumpfen der Perspektive auf das jeweils eigene Revier«. Er macht ebenfalls konkrete Vorschläge, wie ein demokratisches Europa aussehen könnte, in dem die »heterarchische Beziehung zwischen den Mitgliedstaaten und der Föderation aufrechterhalten bleiben kann. Auch Habermas sieht hinter den scheinbar antieuropäischen Revolten der kleinen Leute eben nicht in erster Linie das Motiv der xenophoben Abschottungen, sondern positiv das »Beharren auf den normativen Errungenschaften des jeweils eigenen Nationalstaates«, dessen Institutionen sie »das fragile Gut der freien und relativ gerechten, sozial halbwegs gesicherten Lebensverhältnisse verdanken«, das sie nicht verlieren wollen.

In einer Untersuchung über die Saatgutmärkte haben Barbara Brandl, Katrin Paula und Bernhard Gill auf die Differenzen zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Weg der Diffusion von Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung hingewiesen: Das im deutschen Saatgutsektor verwendete Immaterialgüterrecht, der Sortenschutz, divergiert in vielerlei Hinsicht von der US-amerikanischen Variante. Das Sortenrecht ist ein branchenspezifisches, auf den Sektor maßgeschneidertes Immaterialgüterrecht, das kooperativen Strukturen Rechnung trägt und diese unterstützt. Das US-amerikanische System dagegen beruht heute vorwiegend auf der Pflanzengentechnik, die seit der Entdeckung des Heterosiseffekts, der die Entwicklung von Hybridsaatgut ermöglicht, einen exklusiven Schutz von Saatgut durch Immaterialgüterrechte erlaubt: Hybridsaatgut muss jedes Jahr neu gekauft werden. Die enorm hohen F&E-Kosten, die dem Einsatz von Gentechnik vorausgingen, brachten Konkurrenzvorteile für große Konzerne gegenüber kleinen Unternehmen mit sich und führten zu einer noch stärkeren Konzentration der Anstrengungen auf einige wenige Märkte, die aufgrund besonderer technologischer Vorteile hohe Preisaufschläge und aufgrund von Standardisierung große Absatzvolumina erlaubten. Als Ergebnis zeigt sich, dass unter den institutionellen Bedingungen liberaler Konkurrenzmarkte (wie in den USA seit den 1980er Jahren) eine starke Verwissenschaftlichung, eine deutliche Unternehmenskonzentration sowie eine Einengung der Entwicklungsbemühungen auf wenige, kommerziell interessante Kulturarten und agronomische Eigenschaften erfolgt. In koordinierten Ökonomien wie Deutschland sind diese Tendenzen schwächer ausgeprägt, die Wissensentwicklung im Saatgutsektor ist nach wie vor überwiegend mittelständisch und handwerklich geprägt.

Das deutsche »Clubmodell« versorgt auch mittlere und kleine Teilnehmer am Saatgutmarkt mit Wissen, während das amerikanische Modell der Individualisierung und Privatisierung öffentlicher Forschung durch Auftragsforschung zu Standardisierungen im Pflanzenbau und zu Verteilung unter den großen Betreibern führt. Auch hier fragt man sich, welches Modell sich durchsetzen wird. Bringt die

Zukunft für Europa ein höheres Maß an Standardisierungen? Oder wird sich Amerika auf das letztlich nachhaltigere europäische Modell besinnen?

Paul Windolf, der Erfinder des Begriffs Finanzmarktkapitalismus, der für sich in Anspruch nehmen kann, den Begriff Kapitalismus, den Max und Alfred Weber noch so selbstverständlich benutzten, der jedoch zwischenzeitlich tabuisiert war, wieder verwendbar gemacht zu haben, hat die Rolle der institutionellen Investoren auf den Finanzmärkten untersucht und ihre Bedeutung herausgestrichen. Sie stehen, so Windolf, hinter dem Regime des *shareholder value*, das es ermöglicht, Unternehmen bis auf das Gerippe zu »verschlanken«, aller Reserven zu entledigen und einem immer enger geschlungenen Lohnkorsett zu unterwerfen, um die als legitim behaupteten Ansprüche der Aktienbesitzer – die als eigentliche Eigentümer bezeichnet werden – auf Renditemaximierung zu befriedigen. Dieser Prozedur können die Unternehmen nur deshalb unterworfen werden, weil der Eigentumsbegriff auf die Finanzierer übertragen wurde und weil den Managern mit üppigen Gehältern und Boni ihre Verantwortung abgekauft wird, die sie bis dahin der Firma und den Ansprüchen der Beschäftigten und der Zulieferer gegenüber gezeigt hatten.

Sigrid Hartong hat die Bildungsreformen der letzten Jahre kritisch analysiert und herausgefunden, dass sich hier eine Verselbstständigung von Elementen zeigt, die sie »reform by numbers« nennt: Ranglisten werden aufgestellt, finanzielle Belohnungen für Schulen vergeben, die nach definierten Kriterien Verbesserungen der Leistungen im Bildungsbereich aufweisen können, private Evaluationsbürokratien und länderübergreifende Bildungskanones haben sich etabliert. Man fragt sich nur: Woher wissen diese Bildungsstandardisierer, was der Mensch morgen braucht? Die Zukunft ist bekanntlich unsicher, und es ist fraglich, ob jedes Land tatsächlich dieselben Bedürfnisse an Bildung hat oder ob nicht die Unterschiede zwischen den Ländern stärker berücksichtigt werden sollten. Ein einheitliches Vorbild für schulische Leistungen taugt zwar besser zu Vergleichen, weil es in »numbers« ausgedrückt werden kann, bei einem Scheitern an der Realität zieht es aber ungleich größere und nachhaltigere Defizite nach sich als ein diversifiziertes Bildungssystem, das durch unterschiedliche Karrieren und unterschiedliche Bildungskanones auf divergierende Ansprüche der Realität sehr viel angemessener reagieren kann.

Tocqueville hat die amerikanische Demokratie bekanntlich nicht als Paradies beschrieben, sondern als Teil eines historischen Prozesses der Zunahme der Gleichheit, die er als ein »Werk der Vorsehung« betrachtet. Zwar war er überzeugt, dass man von den Erfahrungen der damals jungen amerikanischen Demokratie lernen könne, doch fremd war ihm der Gedanke, dass eine Revolution – sei es die Amerikanische oder die Französische – ein Land berechtige, als reines Vorbild aufzutreten, dem jedes andere nacheifern müsse. »Die französische Revolution hat die Menschen als Abstraktum betrachtet, außerhalb jeder besonderen Gemeinschaft, genau wie die Religionen den Menschen als allgemeines Wesen begreifen – unabhängig von einem Land oder einer Zeit.«² Das war seine Kritik an den Revolutionären. Tocqueville aber baut auf Erfahrungen, darin geht er über die Französische und Ame-

2 Alexis de Tocqueville 1951, »L'Ancien Régime et la Révolution«, in *Oeuvres complètes* 2, hrsg. v. J.-Peter Mayer. Paris: Gallimard, S. 89 (59).

rikanische Revolution hinaus: Er war zu skeptisch, um nicht zu erkennen, dass Gesetze fast nie bedingungslos gut sind: »Ich untersuchte, welche Vorsichtsmaßnahmen die Amerikaner anwandten, um die Macht über die Regierungsgeschäfte zu lenken, und welche anderen sie unterließen«.³ Sein Ideal war es, die neuen Formen des Regierens rechtzeitig zu erfassen, ihre Heraufkunft nicht zu bekämpfen, sondern vorbereiten zu helfen, Regierungskunst weiterzugeben, und die junge Demokratie zu belehren, ihre Unerfahrenheit durch praktisches Wissen zu ersetzen. Tocqueville, der im letzten Heft als Autor vorgestellt wurde, der auf den Lehrplänen der chinesischen Parteikader steht, wird hier von Harald Bluhm und Skadi Krause als Vertreter einer erfahrungswissenschaftlichen Methode der Politologie *ante rem* beschrieben. Tocquevilles »neue Politikwissenschaft« untersucht nämlich das Verhältnis von Leben und Handeln, von Erwartungen, Einstellungen und Gebräuchen und hält die Begrifflichkeiten fest, die aus den Ideen über diese Lebensweise stammen: »Die stets durch Ideen interpretierten Erfahrungen liegen seinem Ansatz einer neuen Wissenschaft der Politik zugrunde, der politische Urteilstatkraft, Institutionen und Strukturen der Demokratie verbindet«. Erfahrung und nicht die idealisierte Norm muss die Struktur des Wissensraums bilden, aus dem überhaupt die Möglichkeit erst entsteht, politische Folgerungen und Vorschläge auch für andere Nationen zu ziehen.

Dass Begrifflichkeiten als Konzentrat nicht von Erfahrungen, sondern von normierten Ideen über Lebensweisen auftreten, macht sich insbesondere in außenpolitischen Einstellungen bemerkbar, die weder von den Betroffenen selbst noch von zuverlässigen, direkt vermittelten Erfahrungen darüber korrigiert werden. So fragt unsere Autorin Marie-Luisa Frick: Was meinen wir mit Begriffen wie »Terroristen«, »Islamisten«, »Fundamentalisten«? Wie handeln wir durch ihren Gebrauch, und auf welche Weise verändert ihre gewohnheitsmäßige Verwendung unseren Blick auf die Welt, in der wir leben? Und sie untersucht die Terminologien, welche die Debatten im Kontext der Ausdeutungen des »Arabischen Frühlings« prägen, deren zugrundliegende Voraussetzungen allzu oft ungenannt und in der Folge unreflektiert bleiben. Einer falschen Diagnose, wie sie der amerikanischen Regierung unterlief, als sie mit der Überzeugung in den Irak einmarschierte, die Iraker warteten nur auf die Befreiung durch die US-Armee von der Saddam-Herrschaft, folgten nicht nur hunderttausend Tote, ein jahrelanger Streit um die Erträge aus den irakischen Ölquellen, der verhinderte, dass die US-Regierung die Rechnung für den Krieg rasch bezahlen konnte, und unerwartete Machtverschiebungen zugunsten des Iran, sondern weitere Versuche der Einflussnahme in der arabischen Welt. Machte die republikanische US-Regierung nicht denselben Fehler, den Regierungen immer wieder begehen: aus einem historischen Erfolg ein Prinzip zu machen? Aus der Befreiung Deutschlands aus den Händen der Nazis aber lässt sich keine allgemeingültige historische Gesetzmäßigkeit ableiten, denn Prinzipien sind, wie Abbé Galiani schrieb,

3 Alexis de Tocqueville 1987. *Über die Demokratie in Amerika*. I. Teil, übersetzt und hrsg. v. Hans Zbinden. Zürich: Manesse, S. 26.

in der Geschichte untauglich, und eine Wahrheit, aus dem Zusammenhang gerissen, ist oft schädlicher als ein Irrtum.

Reinhard Blomert